

Transkript Podcast „Belarus“
06.02.2021

In der nächsten Woche ist es genau ein halbes Jahr her, dass in Belarus Präsidentschaftswahlen stattfanden, nach denen sich Alexander Lukaschenko zum Sieger erklärte. Deutschland und die Europäische Union erkennen dies nicht an, denn das waren keine demokratischen Wahlen. Sie waren weder frei, noch fair, noch transparent. OSZE-Wahlbeobachter wurden nicht zugelassen. Potentielle Gegenkandidaten wurden eingesperrt oder systematisch behindert. Nach der Wahl kamen Oppositionelle ins Gefängnis, wurden zur Ausreise gezwungen oder mussten im Ausland Schutz suchen.

Seit einem halben Jahr gehen in Belarus mutige Menschen Woche für Woche auf die Straße, in der Hauptstadt Minsk und in vielen anderen Orten im ganzen Land. Sie demonstrieren friedlich und mit bewundernswerter Ausdauer gegen den Wahlbetrug, für politische Veränderungen und einen tiefgreifenden Wandel in ihrem Land.

Doch die Staatsführung von Alexander Lukaschenko hat auf die gewaltlosen Demonstrationen nur eine Antwort: Gewalt. Männer und Frauen, Junge wie Alte werden von Sicherheitskräften auf offener Straße zusammengeschlagen. Wer im Gefängnis landet, dem drohen – das ist vielfach belegt – schwere Misshandlungen. Die Unerschütterlichkeit der belarussischen Demokratiebewegung beeindruckt mich tief. Das Kalkül der Machthaber scheint zu sein, dass die Welt diese mutigen Menschen schon wieder vergessen wird. Das dürfen wir nie zulassen.

Wir rufen die politische Führung in Minsk auf, die Repression unverzüglich zu beenden und die politischen Gefangenen freizulassen. Wir rufen Sie auf, das Recht ihrer Bürger auf freie Meinungsäußerung endlich zu respektieren. Deutschland und die Europäische Union werden die Verantwortlichen für die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen in Belarus auch weiterhin zur Rechenschaft ziehen, wie wir es mit EU-Sanktionen schon getan haben.

Wir denken vor allem aber auch an die Frauen und Männer, die für Demokratie in ihrem Land so vieles riskieren. Ich denke an Swetlana Tichanovskaya, mit der ich mich hier in Berlin treffen konnte. Und an ihre Mitkämpferin Maria Kolesnikova, die man wie so viele andere weggesperrt hat. Die Bundesregierung hat nun einen „Aktionsplan Zivilgesellschaft Belarus“ beschlossen. So können verfolgte Oppositionelle und Menschen in humanitärer Notlage leichter Visa und damit Zuflucht bei uns bekommen. Wir wollen traumatisierten Folteropfern helfen, aber auch Stipendien auflegen und unabhängige Medien unterstützen.

Das wird die Auseinandersetzung zwischen Recht und Unterdrückung in Belarus nicht entscheiden. Das ist von außen auch gar nicht möglich. Aber es zeigt den mutigen Menschen dort, dass wir an ihrer Seite stehen und ihre Stimmen hören – heute wie vor einem halben Jahr.